



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Sprecher für Hochschulfragen
Sprecher für Jugend und Generationen

02. Dezember 2009

Rede zur Aktuellen Stunde „Bildungsproteste nicht aussitzen – Hochschulgipfel vorziehen“

von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am 02.12.2009

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue Bundesbildungsministerin ist ganz die alte. Ihr Berufsmotto ist offensichtlich geblieben: zögern, beschwichtigen und aussitzen.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Quatsch! – Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Ach, Herr Gehring!)

Nicht einmal der zweite bundesweite Bildungsstreik macht sie zur dynamischen Anwältin der Studierenden, so gesehen zum Beispiel bei *Anne Will*.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Thema verfehlt! Setzen!)

Deshalb gab es gestern eine zutreffende und berechtigte Standpauke des Bundespräsidenten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ihr Gebot der Stunde müsste lauten: anpacken, handeln und kämpfen. Kämpfen müsste sie für bessere Studienbedingungen, für eine echte Korrektur der Bologna-Reform und für Bildungsgerechtigkeit statt Bildungsspaltung.

Was bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses schiefgelaufen ist und noch schief läuft, gehört mittlerweile zum bildungspolitischen Allgemeinwissen. Über die Phase der Problemanalyse sind wir längst hinaus; Frau Grütters, da haben Sie recht. Das ist übrigens auch ein Erfolg des ersten Bildungsstreiks. Das könnten Sie den Studierenden durchaus einmal anerkennend sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es kann sich niemand mehr hinstellen und sagen, die Korrekturforderungen seien gestrig oder unberechtigt, alles sei super gelaufen.

(Monika Grütters [CDU/CSU]: Das habe ich nicht getan!)

Die Bologna-Reform muss korrigiert werden. Sich die Probleme, mit denen die Studierenden tagtäglich zu tun haben, erst im April auf dem Bologna-Gipfel vortragen zu lassen, käme viel zu spät. Der Gipfel muss unverzüglich einberufen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vom Bologna-Gipfel erwarten wir übrigens mehr als ein Gruppenbild von Schavan, Pinkwart und Wintermantel. Wir erwarten konkrete, handfeste Ergebnisse, die bei den Studierenden in den Hörsälen und in den Seminarräumen tatsächlich ankommen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir fordern eine Korrektur der vielerorts schlecht umgesetzten Bologna-Reform. Wir wollen eine Entrümpelung der Studiengänge, durch die endlich wieder Zeitfenster und Freiräume im Studium geschaffen werden, weniger Prüfungen, bessere Betreuung und deutlich mehr Master-Studienplätze, damit der Übergang vom Bachelor zum Master nicht zum Nadelöhr wird, sondern dieser für viele möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir wollen auch eine neue Anerkennungspraxis, eine neue Anerkennungskultur bei erworbenen Studienleistungen, zum Beispiel durch eine Mobilitätsgarantie für die Studierenden.

Um diese Korrekturen der Bologna-Reform zu verabreden, müssen sich Bund und Länder sowie Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, aber vor allem auch der Studierenden zügig an einen Tisch setzen. Sie können gleich die Frage beantworten, ob die Studierenden-gruppen tatsächlich zu dem Bologna-Gipfel eingeladen werden. Sie sollten auf jeden Fall mit am Tisch sitzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Monika Grütters [CDU/CSU]: Die sind eingeladen!)

Die erste Verabredung auf diesem Gipfel muss lauten: Schluss mit Schuldzuweisungen und Schwarzer-Peter-Spiel; denn Sie alle tragen in Bund und Ländern Verantwortung für schlechte Studienbedingungen und für heutige und künftige Studierendengenerationen.

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Was machen Sie?)

Bei diesem Gipfel muss der Bund auch eigene Beiträge leisten. Ministerin Schavan darf nicht mit leeren Taschen anreisen und sich in wohlfeilen Appellen, dass die anderen handeln sollen, erschöpfen, sondern sie muss tatsächlich etwas mitbringen. Wer wie Sie mit dem Finger auf die Hochschulen zeigt, sollte wissen, dass mehrere Finger zurück zeigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es ist doch so, dass Bund und Länder versäumt haben, die Bologna-Reform gegenzufinanzieren. Man muss es einmal ganz klar sagen: Wir haben eine 15-prozentige Unterfinanzierung der Bologna-Reform. Pro Jahr fehlen rund 1,1 Milliarden Euro. Ihre Verantwortung ist es, endlich ein Bologna-Paket zu schnüren, in dem Qualität und Finanzmittel stecken. Nur so kann die Unterfinanzierung der Hochschulen endlich überwunden werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Es gibt übrigens auch eine soziale Dimension der Bologna-Reform. Dazu war von den Bildungspolitikern von Union und FDP leider wieder kein Wort zu hören. Das wundert mich nicht. Mit Ihrer Privat-vor-Staat-Ideologie schlagen Sie nämlich Studienberechtigten aus Familien mit einem schmalen Geldbeutel reihenweise die Hörsaaltür vor der Nase zu.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Quatsch! – Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Was ist Ihr Vorschlag? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Die Zahl der Studienanfänger ist gestiegen!)

Mit Studiengebühren, mit Krediten, mit flächendeckenden NCs und einem eklatanten Studienplatzmangel türmen Sie immer höhere Bildungsblockaden auf, statt Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten Aufstieg durch Bildung zu eröffnen. Das wäre Ihre Aufgabe; aber dabei versagen Sie seit Jahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Frau Schavan, motten Sie bitte Ihr vages Stipendienprogramm ein! Sie wissen ja noch gar nicht, wie Sie es machen wollen. Mit dem Geld, das dafür vorgesehen ist, könnten Sie das BAföG sofort um 10 Prozent erhöhen. Das wäre ein richtiger Schritt. Das brächte auf einen Schlag mehr Bildungsgerechtigkeit. Dafür würde ich Ihnen viel Erfolg wünschen; denn den Finanzminister müssen Sie davon offensichtlich noch überzeugen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es ist aber so: Schwarz-Gelb manövriert die Bildungsrepublik weiter Richtung Märchenland. Das muss man so deutlich sagen; denn morgen werden Sie den Ländern, den Hochschulen und den Kommunen die finanzielle Basis unter den Füßen wegreißen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat zur Folge, dass allein dem NRW-Landeshaushalt im nächsten Jahr eine halbe Milliarde Euro entzogen wird. Diesem Schuldenwachstumsgesetz kann man als verantwortungsbewusster Bildungspolitiker und erst recht als Bildungsministerin am Kabinettsstisch nicht zustimmen. Sie müssen es ablehnen!

Mit dem Geld, das Sie den Ländern entziehen, könnten Sie bundesweit 300 000 Studienplätze schaffen. Das wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen keine Steuergeschenke an Besserverdienende –

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Gehring, kommen Sie bitte zum Schluss.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– ja, sofort –

und keine Subvention deutscher Hotelbetten. Die Koalition muss dafür sorgen, dass die Studierenden und die Hochschulen nicht länger im Regen stehen gelassen werden. Sorgen Sie für eine klare Gegenfinanzierung der notwendigen Korrekturen an der Bologna-Reform und liefern Sie belastbare Ergebnisse auf Ihrem Gipfel – nicht erst im April, sondern so schnell wie möglich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)